

Schweden

Tobias Etzold/Charlotte Wenner

Seit Beginn des Jahres 2018 stand die schwedische Politik im Zeichen der Parlamentswahlen im September. Eines der beherrschenden Themen des Wahlkampfes war Migration und Integration von MigrantInnen und Geflüchteten. Europapolitisch blieben die Themen Migration, Sozialpolitik und Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wichtig für das Land. Die schwedische Außenpolitik wurde von der nichtständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) geprägt.

Innen- und Migrationspolitik

Am 9. September 2018 wird in Schweden ein neuer Reichstag gewählt. In der Wahl 2014 waren die Sozialdemokraten mit 31 Prozent als Sieger hervorgegangen, die seitdem in Koalition mit den Grünen eine Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Stefan Löfven bilden. Schon vor vier Jahren hatten die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) deutlich zugelegt und sind seither als drittstärkste Partei im Reichstag vertreten. Bereits im Vorfeld wurde prognostiziert, dass der Wahlkampf hart geführt werden würde. Außenministerin Margot Wallström rief – auch im Hinblick auf die stärker werdenden rechtspopulistischen Kräfte – dazu auf, respektvoll miteinander umzugehen und erinnerte an die Grundgedanken der Demokratie.¹

Der Aufwärtstrend der Schwedendemokraten hält an. Im Juni 2018 lagen sie mit 20 Prozent nur noch knapp hinter der Moderaten Sammlungspartei. Auch die Sozialdemokraten verzeichnen seit der Wahl 2014 deutliche Verluste und schneiden derzeit nur knapp besser ab (circa 23 Prozent). Sie stehen vor ihrem historisch schlechtesten Wahlergebnis. Die Christdemokraten würden nach aktuellem Stand mit gerade einmal 2,6 Prozent an der 4-Prozent-Hürde scheitern.²

Die Sozialdemokraten sehen ihre Verluste in der dominierenden Migrationsdebatte, in der sie kaum punkten konnten. Die Moderate Sammlungspartei macht diese für eine zunehmende Polarisierung im Land verantwortlich.³ Dennoch wird die Migrationspolitik neben der (Kranken-)Pflege das wichtigste Wahlthema bleiben und eventuell den Ausgang der Wahl entscheiden. Jimmie Åkesson, Parteiführer der Schwedendemokraten, sieht Chancen als stärkste Partei aus der Wahl hervorzugehen.⁴ Ein weiterer Profiteur ist die Linkspartei, die einen hohen Wählerzufluss vor allem von den Sozialdemokraten erlebt, der auf den scharfen Kurswechsel in der sozialdemokratischen Migrationspolitik zurückzuführen ist.

1 Minister for Foreign Affairs Margot Wallström: Statement of Government Policy in the Parliamentary Debate on Foreign Affairs, 14. Februar 2018, S. 1.

2 Alle Prognosen und Statistiken zur Wahl können eingesehen werden unter: Sveriges Radio: Grafik: Svensk väljaropinion, Juni 2018, abrufbar unter: <https://sverigesradio.se/sida/artikel.aspx?programid=83&artikel=6981838> (letzter Zugriff: 19.10.2018).

3 Sveriges Radio: Fortsatt motvind i opinionen för S och M, 24.6.2018.

4 SVT Nyheter: Jimmie Åkesson (SD): Det är väldigt starka siffror, 5.6.2018.

Im Mai stellte Staatsminister Löfven die zukünftige Migrationspolitik seiner Partei vor. Dabei sollen die Verschärfungen der Asylgesetze aus dem Jahre 2016 dauerhaft Politik werden. So wird zum Beispiel das Gesetz über eigene Wohnung abgeschafft werden. Asylsuchende müssen somit in Zukunft in denen von der Einwanderungsbehörde zugewiesenen Unterkünften wohnen. Auch sollen Menschen ohne Papiere keine Sozialhilfen mehr erhalten. Die Asylverfahren sollen deutlich beschleunigt werden, so dass angenommene Asylsuchende möglichst schnell Schwedisch lernen und eine Arbeit finden und abgelehnte Asylsuchende möglichst schnell ausgewiesen werden können.

In jedem Fall wird die Regierungsbildung kompliziert und langwierig werden. Da voraussichtlich weder das rot-grüne Lager noch die Allianz für Schweden eine Mehrheit bekommen, könnten die Schwedendemokraten zum Königsmacher werden. Eine passive Unterstützung einer von der Moderaten Sammlungspartei geführten Regierung durch die Schwedendemokraten würde zu einem Bruch der bisherigen bürgerlichen Allianz führen, die Vorstellungen von insbesondere Zentrumspartei und Schwedendemokraten sind zu unterschiedlich. Eine solche Regierung wäre zudem abhängig und folglich schwach und instabil. Auch ein mögliches Ausscheiden von Christdemokraten und eventuell sogar den Liberalen aus dem Parlament würde die Allianz schwächen, andererseits aber dem rot-grünen Block eine bessere Position verschaffen, der durch eine passive Unterstützung der Zentrumspartei gestärkt werden könnte.

Europapolitik

Im Wahlkampf spielte die Europapolitik nur eine untergeordnete Rolle. Die Wahlprogramme der Parteien enthielten in den meisten Fällen nur wenige Punkte hierzu, die sich meist auf bekannte Positionen bezogen. Die Schwedendemokraten fordern als einzige Partei erneut ein Referendum über die schwedische EU-Mitgliedschaft in der kommenden Legislaturperiode ähnlich dem in Großbritannien 2016. Doch selbst wenn die Schwedendemokraten in irgendeiner Form erstmals an der Regierungsbildung beteiligt sein und eine Regierung tolerieren sollten, werden sie kaum in die Position kommen, dieses Vorhaben tatsächlich durchzusetzen. Zudem findet ein Referendum und ein Austritt nur wenig Zustimmung in der Bevölkerung (nur 17 Prozent gegenüber 53 Prozent für den Verbleib).⁵

In den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen lehnt Schweden Erhöhungen des EU-Budgets ab.⁶ Die Regierung spricht sich dagegen für eine signifikante Kürzung der Agrarsubventionen sowie der Kohäsionsfonds aus. Letztere sollten auf die Integration von MigrantInnen, die Reintegration von Menschen in den Arbeitsmarkt sowie auf die Regionen mit dem größten Bedarf konzentriert werden. Kohäsions- und Landwirtschaftspolitik sollen effektiver und einfacher gestaltet werden, außerdem die Optionen obligatorischer Kofinanzierungen durch die Mitgliedstaaten geprüft werden.⁷ Stattdessen will Schweden mehr Geld für Forschung, Entwicklung und Infrastruktur ausgeben. Im Hinblick auf eine Repriorisierung des EU-Budgets übte Ministerpräsident Stefan Löfven den Schulterchluss mit Bundeskanzlerin Angela Merkel während eines Besuchs in Berlin im März 2018. Überhaupt zeigten sich beide Länder in vielen europapolitischen Fragen einig. Löfven betonte, dass Deutschland ein sehr wichtiger Partner für Schweden ist.⁸

5 EUobserver: Analysis: Swedish party puts EU referendums back in fashion, 19.6.2018.

6 Vgl. hierzu den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

7 Bulletin Quotidien Europe: Budget. Sweden wants significant cuts to budgets for agriculture and cohesion post-2020, 7.3.2018.

In Reaktion auf die Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Vertiefung der Eurozone⁹ haben sich acht Staaten aus dem Norden Europas im März 2018 für den Zusammenhalt der EU-27 und gegen Alleingänge der Währungsunion ausgesprochen. Bemerkenswert hierbei ist der Schulterchluss der Eurozonenmitglieder Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Irland und den Niederlanden sowie den Nicht-Euroländern Schweden und Dänemark. Sie sind sich darüber einig, dass alle Entscheidungen über eine Vertiefung der Eurozone unter Einbezug der Nicht-Euroländer getroffen werden sollten, was Schweden besonders wichtig ist. Denn wenn nur 19 von EU-27 Ländern ihre Zusammenarbeit vertiefen, besteht aus schwedischer Sicht das Risiko, dass sich seine periphere Randlage manifestiert und die Fragmentierung der Europäischen Union zunimmt. Für Schweden bringt das den Druck mit sich, sich entscheiden zu müssen.¹⁰ Der Eurobeitritt wurde im Wahlkampf jedoch nur von der Liberalen Partei gefordert und zwar bereits 2020, spätestens 2022, ebenso wie ein sofortiger Beitritt zur Bankenunion. Die anderen Parteien lehnen den Eurobeitritt jedoch weiterhin ab (Zentrumspartei, Grüne und Christdemokraten) oder sprechen sich nicht offen dafür beziehungsweise dagegen aus (Sozialdemokraten, Moderate Sammlungspartei).¹¹

Bereits kurz nach dem Brexit-Referendum hatte Löfven die Vision eines „Sozialen Europas“ in den Mittelpunkt der schwedischen Europapolitik gestellt, um wieder stärker die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Kernpunkte dieser Vision sind faire und sichere Arbeitsverhältnisse sowie eine breitere Beschäftigung von Frauen und jungen Menschen. Auf seine und die Initiative der Europäischen Kommission fand schließlich am 17. November 2017 ein EU-Sozialgipfel in Göteborg statt. Dieser begründete eine Säule sozialer Rechte, die vorläufig jedoch einen unverbindlichen Charakter haben.¹² Löfven betonte als Gipfelgastgeber, dass mehr Arbeitsplätze und bessere und fairere Arbeitsbedingungen nicht nur moralisch richtig sondern auch wirtschaftlich klug seien. Er hob den Mehrwert europäischer Zusammenarbeit auch in diesem Feld hervor, da man so gemeinsam sowohl die Lebensbedingungen der Menschen verbessern als auch die Wirtschaft stärken könne.¹³ Löfven sah darin auch eine Chance, klassische Mitte-Links-Themen auf der politischen Agenda wieder nach oben zu rücken und mit diesen Angeboten dem wachsenden Rechtspopulismus in Europa etwas entgegen zu setzen.¹⁴

Hinsichtlich einer europäischen Migrations- und Asylpolitik, für deren Stärkung sich Schweden seit langem vehement ausspricht, stellt die schwedische Regierung klare Forderungen an die Europäische Union und deren Mitgliedstaaten: Mehr Länder sollen Verantwortung übernehmen und innerhalb der Union solle die Verteilung von Flüchtlingen möglichst ausgewogen sein. Dies fordern auch die Moderaten. Hinsichtlich der europäischen Asyl- und Migrationspolitik steht die schwedische Regierung nach wie vor auf einer Linie wie die deutsche. Die inneren Grenzkontrollen, die von der Europäischen Union vorerst bis November 2018 genehmigt sind, sollen weiterhin beibehalten und halbjährlich auf ihre Effizienz überprüft werden.

8 Die Bundeskanzlerin: Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem schwedischen Ministerpräsidenten Löfven, 16.3.2018.

9 Vgl. hierzu den Beitrag „Frankreich“ in diesem Jahrbuch.

10 Tobias Wikström: Tysk koalition kommer att pressa Sverige, in: Dagens Industri, 8.2.2018.

11 Partiernas ståndpunkter: Europa och EU, abrufbar unter: <https://partiguiden.nu/amnen/europa> (letzter Zugriff: 19.10.2018).

12 Vgl. hierzu den Beitrag „Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ in diesem Jahrbuch.

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Europa will soziale Spaltung überwinden, 17.11.2017.

14 Stephen Brown: The Swede putting the ‚social‘ back in democracy, in: Politico, 15.11.2017.

Im Juni 2018 erteilte die schwedische Regierung ihre Zustimmung zum Bau der in der Europäischen Union umstrittenen Ostseegaspipeline Nordstream 2, die durch die schwedische Ausschließliche Wirtschaftszone führen soll. Zwar blieb die Regierung bei ihrer skeptischen Haltung gegenüber dem Projekt, das aus ihrer Sicht den Zielen der europäischen Energieunion widerspreche. Sie führte jedoch an, dass sie sowohl gemäß nationalem als auch internationalem Recht keine Handhabung gehabt hätte, der Verlegung nicht zu zustimmen,¹⁵ da insbesondere keine Umweltprüfung negativ ausgefallen war.

Außen- und Sicherheitspolitik

Schweden hatte im Juli 2018 zum zweiten Mal den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat inne. Der Fokus im schwedischen Programm liegt vorwiegend auf den Themen Internationales Recht, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Humanitäre Hilfe. Dafür sollen internationale Kooperationen vertieft werden insbesondere im Hinblick auf die Stärkung von Frauen, vor allem in Krisengebieten und eine Inklusionspolitik, bei welcher die Zivilgesellschaft nicht nur in beratender Funktion Teil hat. Zusätzlich wurde auf Schwedens Initiative hin das erste Mal in UN-Resolutionen auf die Relationen von Klimawandel und Sicherheit sowie von Hunger und Konflikten eingegangen.¹⁶

Durch die im vergangenen Herbst herrschende „Me-Too“-Debatte fühlt sich die schwedische Regierung bestätigt, dass eine feministische Außenpolitik notwendig ist. Die Arbeit zum Beispiel zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen in Saudi-Arabien und dem Iran oder zum Anstoß einer öffentlichen Debatte über die Rolle von Vätern in Ruanda trägt Früchte und soll weitergeführt werden. Auch in Zukunft möchte Schweden auf internationaler Ebene eine enge Nachbarschaftskooperation führen. Besonderen Fokus erhalten Sicherheit und Nachhaltigkeit in Nordeuropa und dem Baltikum. Der Dialog mit Russland soll auf Feldern gleicher Interessen, wie Klimawandel, Handel oder Katastrophenschutz, aufrechterhalten bleiben. Gleichzeitig verurteilt die schwedische Regierung weiterhin die Annexion der Krim und russische Verletzungen Internationalen Rechts.

Fazit und Ausblick

Der Ausgang der Parlamentswahlen ist komplett offen. Das Mitte-links sowie das bürgerliche Lager liegen in Umfragen Kopf an Kopf und sind beide von einer eigenen Mehrheit im Parlament weit entfernt. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten werden mit circa 20 Prozent das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte einfahren. Aufgrund dieser Ausgangslage ist mit schwierigen und langwierigen Verhandlungen über eine Regierungsbildung zu rechnen. Europapolitisch wird es für die neue Regierung darum gehen, als Nicht-Eurozonenmitglied innerhalb einer Europäischen Union der verschiedenen Geschwindigkeiten nicht abgehängt zu werden.

Weiterführende Literatur

Daniel Kochis: Russian Aggression, Rising Crime Rates Could Factor in Swedish Elections. The Heritage Foundation, 21.02.2018, abrufbar unter: <https://www.heritage.org/europe/commentary/russian-aggression-rising-crime-rates-could-factor-swedish-elections> (letzter Zugriff: 12.11.2018).

Anna Stellingner/Oscar Wåglund Söderström: Comment: For Sweden, EEA is least risky post-Brexit option, 5.6.2018.

15 Deutsche Wirtschaftsnachrichten: Schweden erteilt Genehmigung für Nordstream 2, 9.6.2018.

16 Ministry of Foreign Affairs: Sweden in the UN Security Council, 2018.